

Atomwaffenverbotsvertrag beitreten – jetzt!

Die Atomstrategie der NATO und die deutsche „nukleare Teilhabe“ sind damit unvereinbar. Dennoch: fast alle Bundestagsparteien – mit Ausnahme der Linken – weigern sich, dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten und den sofortigen Abzug der Atomwaffen aus Deutschland zu verwirklichen. Die Grünen fordern auf dem Papier zwar den Beitritt zum Vertrag und ein atomwaffenfreies Europa, stellen dies jedoch unter den Vorbehalt gemeinsamer Verhandlungen mit den internationalen und europäischen Partnern, also unter Vorbehalt eines inhaltlichen NATO-Vetos - bei gleichzeitiger Hochrüstung.

Die Menschen in Deutschland wollen mit großer Mehrheit ein Atomwaffenverbot. Das zeigen alle Umfragen. Kirchen, Gewerkschaften, Organisationen der Zivilgesellschaft unterstützen die Forderung. Deshalb gibt es Bewegung in der Politik. Über 600 deutsche Abgeordnete auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene unterstützen auch gegen ihre Parteiführungen den Atomwaffenverbotsvertrag. Und über 100 Städte und vier Landkreise, dazu die Bundesländer Bremen, Berlin, Rheinland-Pfalz und Hamburg appellieren ebenso an die Bundesregierung, ihm beizutreten. Bochum ist dabei gemeinsam mit den Nachbarn Dortmund, Essen und Herne.

**Atomwaffen sind
VERBOTEN**



#nuclearban

**Mehr als 50 Staaten
ratifizieren UN-Atomwaffenverbot.
Seit dem 22. Januar 2021
sind Atomwaffen völkerrechtlich geächtet.**

Und wir persönlich?

**NICHT WÄHLBAR,
WER ATOMWAFFEN WILL!**

WER AUFRÜSTET WIRD ABGEWÄHLT!



6. August: Hiroshima-Gedenktag - Als hätte es Hiroshima nie gegeben

Am 6. August 1945 wurde die japanische Stadt Hiroshima durch eine Atombombe der USA dem Erdboden gleichgemacht: 78 000 Menschen verbrannten sofort, weitere 122 000 starben an den Folgen der Explosion. Die zweite Atombombe auf Nagasaki drei Tage später tötete mehr als 60 000 Menschen.

Weltweit gibt es heute rund 13 400 Atombomben, davon sind 4 000 sofort einsatzfähig, 1 800 in höchster Einsatzbereitschaft. Sie können alles Leben auf dieser Erde zerstören. Der Einsatz von nur 100 Bomben von der Größe der Hiroshimabombe würde – über Massensterben und primäre Verwüstungen hinaus – das globale Klima völlig ruinieren, einen Zusammenbruch der Landwirtschaft bewirken, weltweit Hungersnöte und epidemische Infektionskrankheiten verursachen.

Alle Atomstaaten stecken unvorstellbare Geldsummen in die Aufrüstung und Modernisierung der Nuklearwaffen. Die von den USA wesentlich bestimmte Atomstrategie der NATO zielt darauf ab, einen Atomkrieg führen und gewinnen zu können. So lagern 120 Kilometer Luftlinie von Bochum entfernt in der Eifel bei Büchel 20 US-Atombomben mit maximal der 13fachen Sprengkraft der Hiroshimabombe. Regelmäßig üben deutsche Kampffjetpiloten unter NATO-Befehl den Abwurf dieser Bomben. Die sollen nun „moderner“, „smarter“ werden: zielgenauer in der Vernichtung. Dafür soll Deutschland 45 amerikanische F-18 Kampffjets beschaffen, für etwa 12 Milliarden Euro.



**Atomwaffen sind verboten.
55 Staaten sind dabei.**

Deutschland fehlt!

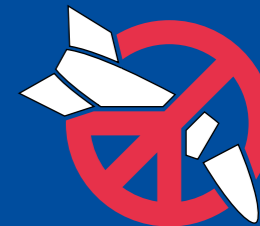


Atomwaffen verstoßen gegen das Völkerrecht

Die „nukleare Teilhabe“ als Ersatz für eigene Atombomben ist von den herrschenden politischen Kräften in Deutschland bisher nicht entschieden in Frage gestellt worden. Zwar forderte der Bundestag 2010 einmal mit breiter Mehrheit den Abzug aller US-Atomwaffen. So stand es 2009 sogar im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP. Bundeskanzlerin Merkel erklärte jedoch die nukleare Abschreckung der NATO für unverzichtbar. Mit Zustimmung der SPD boykottierte die Regierung die Verhandlungen der UNO zum Atomwaffenverbotsvertrag, obwohl 93% der Bevölkerung sich 2016 in Meinungsumfragen für ein Atomwaffenverbot aussprachen.

2017 kam der Atomwaffenverbotsvertrag bei der UNO mit Zustimmung von 122 Ländern gegen den Boykott der NATO-Staaten trotzdem zustande. Mehr als 50 Staaten haben den Vertrag inzwischen ratifiziert, dadurch ist er Völkerrecht geworden. Er untersagt jeglichen Einsatz von Atomwaffen, schon die nukleare Drohung. Allen Staaten, die ihn unterzeichnen, verbietet er die Entwicklung, Herstellung oder Erwerb von Atomwaffen, ihren Besitz und ihre Lagerung, auch Beihilfe zu diesen Aktivitäten und ihre Stationierung auf fremden Territorien. Der Vertrag knüpft an eine Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs von 1996 an. Danach verstößt der Einsatz von Atomwaffen, bereits seine Androhung grundsätzlich gegen das Völkerrecht, insbesondere gegen die Regeln des humanitären Kriegsvölkerrechts.

Bochumer Friedensplenum
www.bo-alternativ.de/friedensplenum



DFG-VK
Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

Vi.S.d.P.: Martin Budich, Friedensplenum
c/o Soziales Zentrum, Josephstr. 2, Bochum